Sozialwesen | Die Ausgaben haben sich seit 2006 mehr als verdoppelt. Die Fiko will Erklärungen

«Die GPK soll die Sozialhilfe detaillierter überprüfen»

SITTEN | Die Finanzkommission ist besorgt über die Budgetüberschreitungen im Sozialwesen. Sie fordert genauere Abklärungen.

In den Schlussfolgerungen im Bericht zur Jahresrechnung 2013 bezeichnet die Finanzkommission (Fiko) die Rechnung «als schlecht». Die Fiko empfiehlt die Rechnung zwar zur Annahme, macht aber auch fast zwei Dutzend Empfehlungen.

In der Kritik. Die Finanzkommission fordert in der Dienststelle für Sozialwesen von Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten eine Untersuchung der GPK. FOTO WB

Beachtliche Budgetüberschreitungen

Besonders gravierend ist die Situation laut der Fiko in der Dienststelle für Sozialwesen. Hier waren 2013 die grössten Budgetüberschreitungen zu verzeichnen: «Ein beachtlicher Teil des Defizits der Staatsrechnung 2013 erklärt sich durch die Budgetüberschreitung in der laufenden Rechnung von 26,6 Millionen Franken und durch die Zunahme des Nettoaufwands um zehn Millionen Franken.»

Auch im Vergleich zum Vorjahr sei der Kostenanstieg eindrücklich. Der Bruttoaufwand stieg um 11,2 Millionen Franken und der Nettoaufwand um fast acht Millionen Franken. Die Fiko zeigt sich sehr besorgt über diese Kostenentwicklung: «Die Rechnung der Dienststelle für Sozialwesen lässt grosse Bedenken für die Zukunft aufkommen. Die Rechnung zeigt, dass man den Aufwand in den kommenden Jahren besser in den Griff bekommen muss und dass konkrete Massnahmen in Betracht gezogen werden müssen, um den Kostenanstieg zu bremsen. Sowohl der Betrag der Ausgaben als auch der Nettobetrag der individuellen Sozialleistungen steigt gegenüber dem Budget stark an.»

Kosten pro Fall massiv gestiegen

Die Entwicklung der Sozialhilfe seit 2006 und deren Vergleich mit der Anzahl Bezüger gemäss Statistik des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) zeigt, dass sich der Aufwand innert sieben Jahren mehr als verdoppelt hat. 2006 lagen die Nettoausgaben für die Sozialhilfe bei 16,781 Millionen Franken. 2013 stiegen diese auf über 34 Millionen Franken. Die Anzahl der Bezüger stieg von 3871 auf 4826 Personen, also nur um gut einen Viertel. Der Nettoaufwand pro Sozialhilfebezüger lag 2006 noch bei 4300 Franken. Im letzten Jahr belief sich dieser auf 7100 Franken. Das entsprach einem Plus von fast 70 Prozent.

Die Dienststelle begründete gegenüber der Fiko die Zunahme mit dem Anstieg der Mieten, dem Anstieg der Anzahl Alleinerziehenden und mit der Tatsache, dass die Bezüger während einer längeren Zeitspanne Sozialhilfe beziehen. Gegenwärtig sind fast 30 Prozent der Sozialhilfebezüger zwischen 18 und 35 Jahre alt.

Das Kostenwachstum stoppen

Obwohl der Anteil der Sozialhilfebezüger im Vergleich zur gesamten Bevölkerung tiefer ausgefallen ist als budgetiert (1,5 statt 1,6 Prozent), zeigt sich die Fiko überrascht, dass der Nettoaufwand gegenüber dem Voranschlag sehr stark angestiegen ist. In den Sozialmedizinischen Zentren (SMZ) sind die Vollzeitstellen im Sozialbereich von 2006 bis 2013 von 46,5 auf 71,85 Stellen angestiegen. Dies entsprach einer Zunahme von 54 Prozent. «Die Fiko macht sich Gedanken über den unterschiedlichen Anstieg der Anzahl Sozialhilfebezüger, des Aufwands der Dienststelle und der Anzahl Stellen in diesem Bereich. Aufgrund dieser Feststellungen und der offenen Fragen beauftragt die Fiko ihre Unterkommission, in Zusammenarbeit mit der GPK die Zahlen der Sozialhilfe detaillierter zu überprüfen, genaue Erklärungen über die Gründe der festgestellten Kostensteigerungen zu geben, ein verfeinertes Analysesystem zu erarbeiten und Vorschläge zu unterbreiten, um die Kostenentwicklung besser in den Griff zu bekommen.» **hbi**

Die wichtigsten Vorschläge der Fiko

Die Fiko macht eine Reihe von Vorschlägen, wie man die Kantonskasse wieder ins Gleichgewicht bringen kann. Es sind Vorschläge für mehr Einnahmen und weniger Ausgaben.

Eine dringliche Motion zur Anpassung des Kinderabzuges von 300 Franken auf 150 Franken pro Kind, die Mehreinnahmen von zehn Millionen Franken eingebracht hätte, wurde vom Parlament allerdings bereits in der Mai-Session abgelehnt.

Eine Unterkommission der Fiko soll sich mit der Frage der Planung im Bereich der sozialen Institutionen auseinandersetzen.

Die Fiko ist auch überrascht über die Entwicklung des Lehrpersonalbestandes und fordert die Kommission EBKS auf, die Situation zu analysieren und einen Bericht darüber zu erstellen. Bis zum Vorliegen der Resultate des Projekts PAS verlangt die Fiko, als Übergangsmassnahme die erneute Einführung von Karenzfristen bei der Neubesetzung offener Stellen zu prüfen. Die Fiko will zudem, die Zweckmässigkeit abklären, die Prüfung der Gesuche für die Einstufung in eine höhere Lohnklasse bis zum Vorliegen der Ergebnisse des Projekts PAS auszusetzen.

Die minimale Einkommenspauschale (Besteuerung nach dem Aufwand) ist unabhängig vom Alter der Steuerpflichtigen auf 300 000 Franken zu erhöhen. Weiter ist die Erhebung einer Vermögenssteuer bei den nach dem Aufwand besteuerten Personen zu prüfen.

Im Asylbereich soll eine ausgeglichene Rechnung erzielt werden, also mit den Pauschalen des Bundes sollen alle Ausgaben des Kantons gedeckt werden.

Die Dienststelle für Kultur muss weiter umgehend Massnahmen treffen, um den Einnahmenrückgang bei der Ausleihung von Büchern, Dokumenten und anderen Medien zu kompensieren. Die Verordnung über die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen soll revidiert werden. Die Beteiligung an der HES-SO soll präziser budgetiert werden. Im Hinblick auf die Verselbstständigung der HES-SO Wallis auf den 1. Januar 2015 verlangt die Fiko, die effektiv notwendigen Mittel für die Fortführung der laufenden Mandate zu überprüfen. Die Kantonspolizei soll ihre Leistungen zugunsten von Gemeinden, die über keine eigene Gemeindepolizei verfügen, in Rechnung stellen. Eine Subventionskürzung im Bereich der Förderung der Energieeffizienzmassnahmen ist zu prüfen. **hbi**